

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 00 38/39
Telex: 8 89 848 ppbm d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB
zur Einbeziehung des Bal-
kanlandes in die europäi-
sche Integration: Jugosla-
wien in der Existenzprobe.
Seite 1

Helmut Wiczorek MdB zur
Absicht der Bundesregie-
rung, die Kosten der deut-
schen Vereinigung zwischen
Bund, Ländern und DDR
aufzuteilen: Bundesländer
finanzieren Kosten der
deutschen Einheit.
Seite 4

Dr. Rudi Schöfberger MdB
zur landespolitischen Be-
deutung der Münchner Rat-
haus-Koalition: Perspekti-
ven aus einer rot-grünen
Vernunftahe.
Seite 5

Wolf-Michael Catenhusen
MdB zur Notwendigkeit,
die Umwelt- und Klima-
forschung zu verstärken:
Die Mission zum Planeten
Erde.
Seite 6

45. Jahrgang / 88

9. Mai 1990

Jugoslawien in der Existenzprobe

Die Einbeziehung des Balkanlandes in die europäische Integra-
tion setzt ein integriertes Staatswesen voraus

Von Dr. Hermann Scheer MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundes-
tages

Das politische Augenmerk der europäischen Öffentlichkeit ist gegenwärtig auf die deutsche Frage und die Demokratisierung der Warschauer Pakt-Staaten konzentriert. Dies führt zu einer Vernachlässigung der Vorgänge, die sich innerhalb Südosteuropas abspielen. Immerhin ist Jugoslawien der geographisch größte und bevölkerungsreichste Staat in Südosteuropa. Zahlreiche jugoslawische Arbeitnehmer arbeiten in der Bundesrepublik Deutschland und zahlreiche deutsche Touristen verbringen ihren Urlaub in Jugoslawien. Die D-Mark ist faktisch die zweite Währung Jugoslawiens, und die erfolgreiche Inflationsbekämpfung in den letzten Monaten geht mit darauf zurück, daß der Wechselkurs Jugoslawiens fest an die D-Mark gekoppelt wurde. Aus all dem ergibt sich eine besondere deutsche Verantwortung, nicht nur vornehm abzuwarten, ob der Vielvölkerstaat zerfällt oder nicht.

Diese Verantwortung hat gleichermaßen die gesamte europäi-
sche Staatenwelt und hier insbesondere die beiden funktionie-
renden europäischen Integrationsorgane, die EG und der Euro-
parat. Was in Jugoslawien geschieht, ist möglicherweise ein
Spiegelbild künftiger negativer Entwicklungen in Europa: Statt
der Überwindung nationaler Gegensätze deren Aufkeimen,
statt weitergehender kooperativer Integration eine Desintegra-
tion. Dies trifft in Jugoslawien gleichzeitig zusammen mit zwei
weiteren, ganz Europa betreffenden künftigen Spannungsfel-
dern:

Der Balkan droht erneut zum Krisenherd Europas zu werden,
nicht nur wegen der Nationalitätenkonflikte innerhalb Jugo-
slawiens, sondern auch wegen entsprechender Konflikte in
Rumänien und Bulgarien. Alle diese inneren Konflikte haben
sich bereits internationalisiert: der rumänische Nationalitäten-
konflikt erfaßt das Verhältnis zu Ungarn, der bulgarische das
zur Türkei, der im jugoslawischen Kosovo das zu Albanien.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst: GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreisdruck Druggans
mit wertvollen Rückgaben
Recycling-Papier



Man mag einwenden, daß diese Konflikte solange auf die südosteuropäische Region beschränkt bleiben und nicht zu einer europäischen Krise ausufern, solange sich hier nicht die Interessen konkurrierender Großmächte gegenüberstehen - was zur Auslösung des Ersten Weltkrieges 1914 in Sarajewo führte. Aber auch wenn die gegenwärtige Situation Europas nicht mit der von 1914 vergleichbar ist, so können doch eskalierende Spannungen in Südosteuropa den Prozeß der Entstehung einer europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung stören oder gar unterbrechen. Außerdem:

die Nationalitätenkonflikte in Jugoslawien (zwischen Serbien und Kosovo) und in Bulgarien sind gleichzeitig Konflikte mit muslimischen Minderheiten. Dies birgt die Gefahr, daß der sich seit einigen Jahren neu belebende Konflikt zwischen europäischem Kulturkreis und dem islamischen Kulturkreis unmittelbar Spannungsfolgen für die Zukunft bekommt, die schnell über Südosteuropa hinausreichen können.

Jugoslawien befindet sich heute in einer Existenzkrise. Es war nie vergleichbar mit den anderen kommunistisch regierten Staaten in Europa. Das politische System entstand nicht durch die Hilfe sowjetischer Truppen, sondern aus eigener Kraft. Bereits 1948 brach es mit Moskau und versuchte, auch gesellschaftspolitisch eigene Wege zu entwickeln. Der Vielvölkerstaat erhielt eine föderale Ordnung, die heute jedoch nicht mehr ausreicht, aber mit dem Bund der Kommunisten und der Armee - und bis 1980 mit dem Staatsgründer Tito - als Integrationsklammer. Heute steht Jugoslawien vor der Möglichkeit eines Staatszerfalls. Ein Grund ist das Versagen des wirtschaftlichen Modells. Ein anderer ist, daß sich keine föderale Ordnung - und eine andere ist für Jugoslawien nicht denkbar - auf Dauer existieren kann, wenn sie nicht zu einigermaßen ausgewogenen Lebensverhältnissen kommt und nicht demokratisch verankert ist. Je mehr die Lebensverhältnisse zwischen den Teilrepubliken auseinanderklaffen, je länger die Demokratisierung innerhalb des Gesamtstaates versäumt wurde, und je mehr - im Zuge der allgemeinen Entwicklung kommunistischer Staatsparteien in Europa - der Regierende Bund der Kommunisten seine ideologische Autorität verlor, desto größer wurden die Splitter im jugoslawischen System. Die kommunistischen Parteiorganisationen in den Teilrepubliken gingen in den letzten Jahren zunehmend eigene Wege und sind heute untereinander in Konfliktlagen, in denen sie das Auseinanderbrechen Jugoslawiens eher beschleunigen als bremsen.

Was in Jugoslawien geschieht, ist symptomatisch für das Scheitern des Integrationsmodells, für das nicht rechtzeitig eine Alternative geschaffen wurde. Es ist die Erfahrung einer Krise ohne Alternative: Je größer die dabei erfahrenen Probleme, desto stärker die Motive, Zuflucht in nationalistische Entwicklungen zu nehmen. Dies vollzieht sich in Osteuropa als Reaktion auf das Scheitern des sowjetkommunistischen Integrationsmodells, und dies vollzieht sich innerhalb Jugoslawiens.

Wohin sich die Teilrepubliken orientieren, hängt in starkem Maße von den unterschiedlichen Ausgangsbedingungen ab. Während sich das wirtschaftlich relativ erfolgreiche Slowenien im Norden mehr an Europa orientiert und viele Slowenen inzwischen die Integration in die Europäische Gemeinschaft der Integration in den jugoslawischen Staatsverband vorziehen würden, werden in der größten Teilrepublik Serbien wirtschaftliche Rückständigkeit durch „großserbische“ nationale Bestrebungen zu kompensieren versucht. Auch in Kroatien überwiegen nationalistische Tendenzen. Mit dem wirtschaftlichen Erfolg Sloweniens hängt auch zusammen, daß dort die Demokratisierungsbemühungen und die Bildung eines Mehrparteiensystems weiter vorangeschritten ist als in Serbien. Zum wirtschaftlichen Entwicklungsgefälle kommt zunehmend ein politisches, verbunden mit wechselseitigen Vorwürfen, die Desintegration Jugoslawiens mit jeweils unterschiedlichen Absichten voranzutreiben. Während Serbien den drohenden Verlust seiner traditionell dominierenden Rolle innerhalb Jugoslawiens nationalistisch überkompensiert, findet in Kroatien eine nationalistische Gegenbewegung zu Serbien statt, während Slowenien sich vor diesen perspektivlosen Rückfällen nicht länger in seiner Eigenentwicklung belastet sehen will. Die politischen

Bemühungen, die von deutscher Seite und auch durch die europäischen Institutionen erfolgen müssen, müssen eine grundlegende demokratische und wirtschaftliche Reformierung Jugoslawiens fördern, aber gleichzeitig die Desintegration und den Zerfall in konfliktreiche Nationalismen aufzuhalten versuchen. Die Demokratisierung Jugoslawiens ist ebenso nötig wie eine grundlegende Wirtschaftsreform. Aber Jugoslawien darf nicht in mehrere Staaten auseinanderfallen. Dies ist die politische Botschaft, die wir an die jugoslawische Innenpolitik richten müssen. Diese Botschaft ist mehr als ein Appell, sondern eine politische Bedingung für die Integration Jugoslawiens in europäische Institutionen.

Konkret bedeutet dies:

- Jugoslawien sollte Vollmitglied im Europarat werden, aber der Europarat sollte klar signalisieren, daß - neben der dafür unerläßlichen Demokratisierung - ein integriertes Jugoslawien als Mitglied erwünscht ist. Die Mitgliedschaft im Europarat soll und muß zugleich ein politisches Instrument sein, um antidemokratische Tendenzen psychologisch einzudämmen.
- Jugoslawien sollte in die von ihm gewünschte europäische Wirtschaftsintegration (sei es für eine Übergangsphase die Zugehörigkeit zur EFTA, sei es die Mitgliedschaft in der EG) so schnell wie möglich einbezogen werden - aber es sollte wiederum klar gesagt werden, daß dieses Angebot nur für Jugoslawien insgesamt gilt und nicht für einen einzelnen Staat innerhalb Jugoslawiens allein.
- Wir sollten die Bildung eines demokratischen Mehrparteiensystems aktiv fördern - und dabei wiederum gleichzeitig sagen, daß wir uns nahestehende politische Parteien als Gesprächspartner für Gesamt-Jugoslawien und nicht nur für einen einzelnen Staat haben wollen.

Mit anderen Worten: Die Offerte zu einer Integration Jugoslawiens in die europäischen Institutionen sollte gleichzeitig dazu beitragen, daß sich die jugoslawischen Teilrepubliken wieder auf neue Art miteinander integrieren statt auseinanderzufallen. Dieses neue Integrationsmodell wird wahrscheinlich ein Konföderationsmodell sein müssen, mit großer politischer und kultureller Autonomie der Republiken, aber mit einer einheitlichen Währung, gemeinsamen Wirtschafts- und Handelsraum, integrierten Streitkräften und einer konföderativen Regierung. Die Bewährungsprobe Jugoslawiens für die Integration in den größeren europäischen Zusammenhang ist, daß es sich innenpolitisch als integrationsfähig erweist. Durch ein solches Signal könnten innerhalb Jugoslawiens die Kräfte erheblich gestärkt werden, die sich für eine Aufrechterhaltung des jugoslawischen Staatsverbandes einsetzen.

(-/9.5.1990/vo-he/rs)

* * *

Bundesländer finanzieren Kosten der deutschen Einheit

**Zur Absicht der Bundesregierung, die Kosten der deutschen
Vereinigung zwischen Bund, Ländern und DDR aufzuteilen**

Von Helmut Wieczorek MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages

Die Bundesregierung setzt offenbar darauf, die Kosten der deutschen Einheit aus zu erwartenden Steuermehreinnahmen zu finanzieren und sie im übrigen den Bundesländern aufzubürden. Einsparungen und Umschichtungen stehen nicht mehr zur Debatte. Der Verteidigungshaushalt für 1991 soll nach dem Willen von Bundesminister Stoltenberg erneut ansteigen und auf einem Rekordniveau von über 55 Milliarden DM fortgeführt werden.

Das gegenwärtige Wirtschaftswachstum verheißt bedeutende Steuermehreinnahmen; der enorme Kaufkraftschub durch die Währungsunion und die Tarifabschlüsse dieses Jahres werden diese Entwicklung noch erheblich fördern. Vor dem Hintergrund sprudelnder Steuerquellen wird das Konzept der Bundesregierung verständlich, die Kosten der deutschen Einheit rechtzeitig zwischen Bund, Ländern und DDR aufzuteilen. Während der Bund seinen Anteil weitgehend aus Steuermehreinnahmen finanzieren kann, sollen die Länder durch Neuverteilung des Umsatzsteueraufkommens und stärkere Beteiligung an der Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben zur Kasse gebeten werden. Die DDR schließlich wird gezwungen sein, ihren Anteil durch Schulden zu finanzieren. Schulden, die nach dem Willen der Bundesregierung später die auf dem Gebiet der DDR neu zu bildenden Länder übernehmen sollen.

Damit gerät der künftige Länderfinanzausgleich zu Lasten der bestehenden Bundesländer aus den Fugen. Den Ländern werden die Kosten der Vereinigung ein zweites Mal aufgeladen.

Zur Kasse gebeten werden schließlich auch die Verbraucher in beiden deutschen Staaten, die mit zunehmenden inflationären Tendenzen und steigenden Zinsen fertig werden müssen.

(-/9.5.1990/va-ha/rs)

* * *

Perspektiven aus einer rot-grünen Vernunfttete

Zur landespolitischen Bedeutung der Münchner Rathaus-Koalition

Von Dr. Rudi Schöfberger MdB
Vorsitzender der Bayerischen SPD

Münchens SPD-Oberbürgermeister Georg Kronawitter sowie die Stadtratsfraktionen der SPD und der Grünen im Münchner Rathaus haben für die nächsten sechs Jahre eine rot-grüne Zusammenarbeit vereinbart, aber außer den rechtsradikalen Repts niemand ausgegrenzt. Dieser „Vertrag“ hat sich bei der Wahl des Bürgermeisters Christian Ude (SPD) und der Bürgermeisterin Sabine Csampei (Grüne) bereits als tragfähig erwiesen. Er erfüllt einen eindeutigen Wählerauftrag für eine konsequent soziale, mieterfreundliche und ökologische Reformpolitik.

Die Münchner CSU kritisiert diesen Vorgang heftig, wiewohl sie bei der letzten Referentenwahl im Münchner Rathaus selbst mit den Grünen zu ihrem Vorteil paktiert hatte. Nach der gemeinsamen Geisterbahnfahrt der Schwarzen mit den Grünen erweckt das von den Konservativen jetzt an die Wand gemalte „rot-grüne Gespenst“ bei den Münchnern nur noch ein müdes Lächeln. Und auch das schwarze Wort von den „grünen Radikalen“ oder den „grünen Verfassungsfeinden“ wird von der täglichen Praxis widerlegt und verfehlt immer mehr seine erstrebte Wirkung.

Die Münchner Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen hat Vorbilder: die frühere Hessische Landesregierung, den gegenwärtigen Berliner Senat, die „Koalitionen“ im Nürnberger, im Frankfurter und in vielen anderen Rathäusern der Bundesrepublik. Dabei haben sich die an der Verantwortung beteiligten Grünen regelmäßig als ebenso engagierte und realistische wie kompetente und verlässliche Partner herausgestellt, ganz im Gegensatz zu fundamental-oppositionellen Sektierern. Das wird wohl auch in München so sein. Wie lange dann die Brücke zwischen der grünen Fundamentalopposition an der Basis und den grünen „stadtragenden“ Realisten hält, ist das Problem der Grünen, nicht das der SPD.

Die SPD geht, das haben auch die Münchner betont, mit Grünen keine „Liebesheirat“ ein, sondern nur eine „Vernunfttete“. Für uns Sozialdemokraten sind die Grünen nach wie vor eine politische Konkurrenz, mit der wir uns auseinandersetzen. Eine entschlossene, nicht nur sozial, sondern auch ökologisch orientierte Sozialdemokratie macht Grün auch entbehrlich, wie in Schleswig-Holstein oder im Saarland zu beweisen war. So immer möglich, regieren wir - wie jede andere Partei auch - sehr gern mit absoluter Mehrheit. Wenn sich diese kraft Wählerwillens nicht einstellt, suchen wir Partner, mit denen wir ein Höchstmaß unserer politischen Vorstellungen verwirklichen können. Mit der Münchner Vereinbarung ist ein solches Programm gelungen. Die sozialdemokratische Handschrift ist unverkennbar, die grünen Einschübe sind beachtlich und willkommen.

Die Münchner „Vernunfttete“ eröffnet aber auch, wenn sie tragfähig bleibt und nicht bei der nächstbesten Entscheidung zerrüttet wird, auch eine weitere, landespolitische Perspektive.

Mit der absoluten Mehrheit der CSU ist es allem Anschein nach vorbei. Bei der Europawahl 1989 kam die CSU noch auf 45 Prozent, bei den Kommunalwahlen im März 1990 nur noch auf 42 Prozent. Die bayerische FDP ist ihrerseits so schwach, daß sie sich der CSU nicht einmal als Notnagel andienen kann. Bei der Landtagswahl im Oktober mischen die Wählerinnen und Wähler die Karten neu. Eine gemeinsame Verantwortung aller Reformkräfte unter Führung einer starken Sozialdemokratie ist auch in Bayern nicht mehr auf alle Ewigkeit ausgeschlossen.

Gründe und Ziele einer solchen auf längere Sicht angelegten Zusammenarbeit gibt es genug: der CSU-Ära konservativ-obrigkeitsstaatlicher Erstarrung, schwarzen Filzes, Raubbaues an Mensch und Natur ein Ende zu bereiten, im Inneren wie nach außen abzurüsten, die Industriegesellschaft ökologisch und sozial zu erneuern, die Daseinsvorsorge vom Kinderhort über das Bildungswesen bis zur Kranken- und Altenpflege für die breiten Volksschichten auszubauen, mehr Demokratie und Bürgernähe zu schaffen.

(-/9.5.1990/vo-he/rs)

Die Mission zum Planeten Erde

Zur Notwendigkeit, die Umwelt- und Klimaforschung zu verstärken

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Forschung,
Technologie und Technikfolgenabschätzung

Die Deutsche Raumfahrtagentur ist nun endlich beauftragt, Konturen eines deutschen Weltraumprogramms zu entwickeln. Wahrhaftig keine beneidenswerte Aufgabe, da durch die Festlegung auf die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an den ESA-Großprojekten HERMES, COLUMBUS und ARIANE V. schon jetzt bis zum Jahre 2000 ein Milliardenloch im Forschungshaushalt programmiert ist, das zu Kürzungen in wichtigen Forschungs- und Technologie-Bereichen zugunsten der bemannten Raumfahrt führen könnte.

Mit der Weichenstellung für die bemannte Raumfahrt droht auch ein wichtiges Gebiet der Welt- raumforschung zu kurz zu kommen, das auf eine breite politische und öffentliche Zustimmung stoßen kann: Die Mission zum Planeten Erde; Erdbeobachtung insbesondere zum Zwecke der Umwelt- und Klimaforschung. Die amerikanische Regierung beabsichtigt, ein Langzeitprogramm zur Erdbeobachtung über mehrere Jahrzehnte zu starten, bei dem durch ein Netz von Satelliten Daten über den Zustand der Umwelt, insbesondere des Klimas erhoben werden sollen. Die amerikanische Regierung hat für das Haushaltsjahr 1991 235 Millionen Dollar beantragt, um mit der Vorbereitung des Programms beginnen zu können.

Ozonloch und Treibhauseffekt erfordern schnelle Maßnahmen zur Reduzierung von Schadstoffen, die das Klima belasten. Gefragt ist aber weiterhin auch die Verbesserung der Datenbasis für unsere Aussagen und Modellrechnungen zu Klimaprozessen und zur weiteren Klimaentwicklung. Die Klima-Enquete des Deutschen Bundestages hat die Entwicklung eines deutschen Klimabeobachtungssatelliten angeregt, ohne daß daraus bislang konkrete Konsequenzen gezogen wurden. Auch das ESA-Langzeitprogramm, das im November 1987 verabschiedet wurde, hat leider den Bereich der Klima- und Umweltbeobachtung sträflich zugunsten der bemannten Raumfahrt vernachlässigt.

Der isolierte Bau eines einzelnen deutschen Satelliten zur Klimabeobachtung ist wenig sinnvoll. Wir brauchen eine auf Jahrzehnte angelegte europäische Mission zum Planeten Erde, bei dem in Arbeitsteilung mit den USA über einen längeren Zeitraum aus der Erdbeobachtung Daten für die Umwelt- und Klimaforschung erhoben werden. Auf diesem Wege könnten vielleicht auch Grundlagen für ein regionales Klimamodell Europas geschaffen werden.

Die Bundesregierung wäre gut beraten, für die Ministerratstagung der Europäischen Weltraum- agentur im Jahre 1991 ein Konzept für ein europäisches Erdbeobachtungssystem zu Zwecken der Umwelt- und Klimaforschung vorzuschlagen, das offen für die Teilnahme aller europäischen Staaten ist und eine Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit den USA, mit Kanada und Japan ermöglicht. Ein solcher Vorstoß könnte dazu auch der leistungsstarken deutschen Raumfahrt- industrie in einem sinnvollen Aufgabengebiet eine europäische Systemführerschaft ermöglichen.

Allerdings wird ein solches Programm nicht zum Nulltarif zu haben sein. Es wird nur auf Kosten schmerzhafter Einschnitte in den Planungen für die bemannte Raumfahrt zu verwirklichen sein.

(-/9.5.1990/va-he/rs)

* * *